

Die Energiewende und das Märchen vom unbezahlbaren Strom

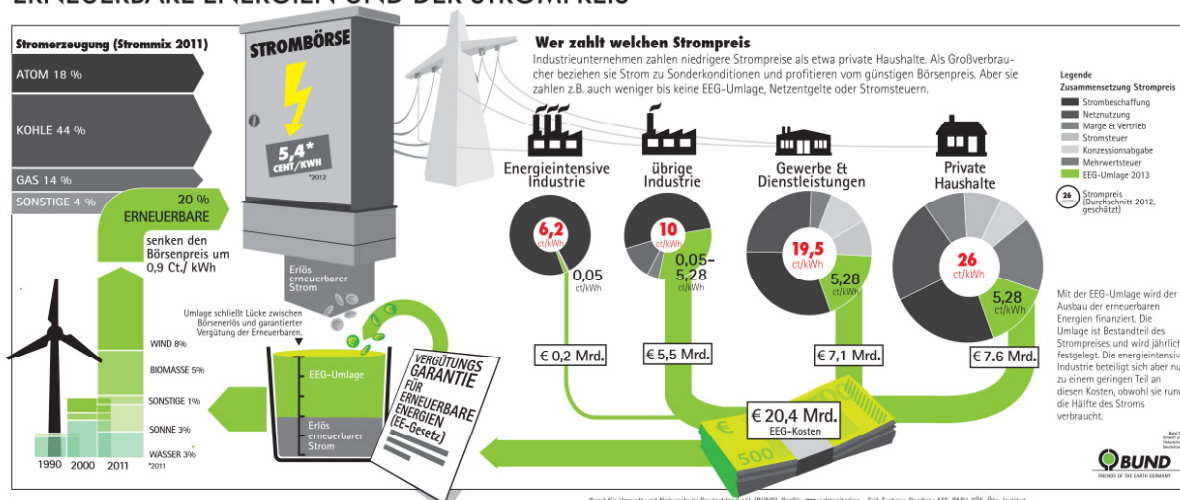
BUND-Hintergrund: Kosten und Nutzen der Energiewende fair verteilen

Stand: 15.10.2012

Kosten der Energiewende: Wer treibt hier wen?

Die Energiewende ist längst noch keine ausgemachte Sache. Zwar ist die Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Quellen Regierungsprogramm, doch die Gegner geben nicht auf. Die vermeintlich zu hohen Kosten der erneuerbaren Energien sind ein Vehikel, um die Energiewende auszubremsen. Denn die Energiewende ist die schleichende Revolution von unten: Die Erneuerbaren sind zu über 50 Prozent in Bürgerhand, nur ein Bruchteil gehört den vier großen Energiekonzernen. Genau das schmeckt ihnen nicht. So wird die Kostendebatte von jenen getrieben, die noch möglichst lange Geld mit Atom- und Kohlestrom verdienen wollen und von ihren Steigbügelhaltern in Politik und Wirtschaft.

ERNEUERBARE ENERGIEN UND DER STROMPREIS



Richtig ist: Die Energiewende erfordert große Investitionen und sie geht schneller voran als von vielen erwartet. Aber treiben die erneuerbaren Energien die Kosten für Stromverbraucher in unakzeptable Höhen? Nein. Aber es kommt auf die gerechte Verteilung der Kosten an. Und darauf, die ganze Wahrheit über Strompreise zu erzählen: Denn die steigen mitnichten nur wegen der Energiewende und sie würden auch steigen, wenn wir die Energiewende wieder sein ließen. Gerade diejenigen in der Industrie, die besonders laut über hohe Preise klagen und neue Vergünstigungen fordern, sind bereits mit üppigen

Privilegien ausgestattet. Sie sind oft sogar die Nutznießer der Energiewende. Währenddessen werden Privathaushalte, Handel und Gewerbe von Staat und Energiekonzernen zur Kasse gebeten, nach dem Motto: einer muss es ja bezahlen.

Die Profitinteressen der Industrie sind dabei das eine, dass die Bundesregierung ihnen nachgibt, das weit größere Problem. Sie belohnt damit Konzerne, die besonders klimaschädlich produzieren, nimmt die Anreize für effizienteren Energieeinsatz und schafft eine ungerechte Schieflage zwischen stromintensiver Industrie und allen anderen Verbrauchern.

Deshalb will der BUND einen schnellen Umstieg auf die erneuerbaren Energien, den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und weniger Stromverbrauch. Aber es braucht auch eine gerechte Energiewende, in der Kosten und Nutzen der erneuerbaren Energien fair geteilt werden. Die Industrie muss endlich angemessen an den Umbaukosten des Energiesystems beteiligt, ungerechtfertigte Privilegien müssen gestrichen werden. Sinkende Stromkosten müssen an alle Verbraucher weitergegeben werden.

Ist es billiger, weiter auf Atom und Kohle zu setzen?

Zur Erinnerung: Die Energiewende ist kein Selbstzweck. Der Umstieg auf erneuerbare Energie macht uns unabhängig von gefährlichem Atomstrom und von fossilen Rohstoffen, die nicht nur immer teurer werden, sondern auch den Klimawandel anheizen.

Natürlich hat der Umstieg auf die erneuerbaren Energien seinen Preis. Doch wenn wir uns die Energiewende sparen würden, käme es uns auch nicht billiger. Würde Deutschland weiterhin auf fossile Energien setzen, stiegen die Strompreise ebenfalls. Ein Grund dafür: Die fossilen Rohstoffe Steinkohle, Öl und Gas werden immer teurer. Denn schon heute summieren sich die Importe für fossile Energieträger auf rund 80 Mrd. Euro (2011), obwohl der verstärkte Einsatz von erneuerbaren Energien die Rechnung schon um sechs Mrd. Euro verringert hat. Nach Prognosen werden die Kosten für Steinkohle, Öl und Gas bis 2030 auf 140 Mrd. Euro pro Jahr ansteigen, bis 2050 auf etwa 200 Mrd. Euro.

Der zweite Grund: Auch ohne mehr Erneuerbare muss das deutsche Energiesystem renoviert werden. Sowohl der hiesige Kraftwerkspark als auch die Leitungsnetze zum Transport der Energie sind veraltet. Die Kosten für den Bau eines konventionellen Kraftwerks sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, unter anderem wegen der hohen Stahlpreise. Und wie die EU-Kommission erst im Oktober 2012 geschätzt hat, müssen rund 25 Milliarden Euro in die europäischen Atomkraftwerke gesteckt werden, um die größten Sicherheitsmängel zu beseitigen.

Investiert werden muss also ohnehin und die Kosten landen unweigerlich bei den Verbrauchern. Auch fallen für die Energiewende höhere Anfangsinvestitionen an, die geschultert werden müssen. Prognosen der Europäischen Kommission aber besagen, dass sich die Kosten bis 2030 nicht wesentlich unterscheiden, egal ob in der EU weiter in fossile und Atomkraft oder in Erneuerbare investiert wird. Noch gar nicht eingeflossen war dort das Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung für die europäischen Atomkraftwerke. Dass der klimafreundliche Umbau des Energiesystems besonders teuer wäre, stimmt also nicht.

Und nicht zuletzt ersetzen die Erneuerbaren andere Energieträger, die sehr hohe Folgekosten für Umwelt und Steuerzahler haben. Allein für 2011 werden die vermiedenen Umweltkosten durch den Einsatz

erneuerbarer Energien auf rund zehn Mrd. Euro beziffert. Im Strompreis sind diese „Nebenkosten“ von Atom- und fossilem Strom nicht eingepreist, genauso wenig wie die milliardenschweren Subventionen, die diese seit Jahrzehnten erhalten.

Wer zahlt was und warum?

Wenn die Energieversorger wieder einmal die Preise erhöhen, behaupten sie gern, das läge an den staatlichen Abgaben, insbesondere am Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist unredlich. Tatsächlich sind zwar die Strompreise für Privathaushalte gestiegen: seit Einführung der EEG-Umlage im Jahr 2000 bis 2012 um etwa 13 Cent/kWh. Aber die Förderung der erneuerbaren Energien macht davon nur rund 3,6 Cent aus. Mehr als zwei Drittel der bisherigen Preiserhöhungen hatten also nichts mit den erneuerbaren Energien zu tun. Für 2013 soll die EEG-Umlage auf etwa 5,3 Cent steigen. Bei einem Haushaltsstrompreis von 28,4 Cent im kommenden Jahr macht die Förderung der erneuerbaren Energien folglich nicht einmal ein Fünftel der Stromkosten aus.

Der Strompreis für private Haushalte setzt sich grob aus drei Komponenten zusammen: Dem Teil für Energiebeschaffung und Vertrieb (ein gutes Drittel des Strompreises), der Gebühr für die Nutzung der Stromnetze (rund 20 Prozent) sowie den Steuern und Abgaben, die bei Haushaltsstrom um die 40 Prozent ausmachen. Ein Teil davon ist die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage), über die der Ausbau der Erneuerbaren finanziert wird. Allerdings sind die Strompreise nicht für alle Verbraucher gleich hoch: Die Industrie zahlt deutlich weniger für ihren Strom als Handel, Gewerbe oder Privatleute. Das hat mehrere Ursachen:

Kostensenkungen beim Strompreis werden nicht an Privatverbraucher weitergegeben

Einige Kostenbestandteile wie der CO₂-Preis, die Gebühren für die Netznutzung und der Börsenstrompreis sind in den letzten Jahren deutlich gesunken. Aber offensichtlich werden gesunkene Preise zumindest nicht an die privaten Endkunden weitergereicht.

So liegen die Börsenstrompreise heute 10-20 Prozent niedriger als vor drei bis vier Jahren. Neben der höheren Wettbewerbsintensität auf dem Strommarkt sind die erneuerbaren Energien für diesen Effekt verantwortlich. Denn der Strom aus Wind oder Sonne ist an der Börse viel billiger als der aus Kohle- oder Gaskraftwerken, da keine Brennstoffkosten anfallen. Je teurer jedoch ein Kraftwerk produziert, desto schlechter kann es seinen Strom am Markt loswerden. Das heißt, je größer der Anteil der Erneuerbaren am gesamten Strommix, desto weniger Strom wird aus teuren Kraftwerken gekauft und desto niedriger ist der Preis für Strom. Dieser Effekt der Erneuerbaren senkte die Preise an der Börse 2010 in einem Volumen von rund drei Milliarden Euro und den durchschnittlichen Börsenpreis um 0,5 Cent pro kWh. 2011 lag dieser Effekt schon bei 0,9 Cent pro kWh. Doch von dieser Preissenkung profitieren nur die großen Stromverbraucher. Denn nur diese beschaffen sich ihren Strom direkt selbst an der Börse bzw. zu Sonderkonditionen. Folgerichtig sind ihre Preise laut einer Studie für die Bundestagsfraktion der Grünen seit 2008 um drei Prozent gesunken während die Preise für normale Haushalte um 20 Prozent gestiegen sind. Der Haushaltsstrom könnte heute zwei Cent niedriger liegen, wären die gesunkenen Beschaffungskosten seit 2009 an die Verbraucher weitergegeben worden.

Eine paradoxe Wirkung des strompreissenkenden Effekts der Erneuerbaren an der Börse ist, dass dieser zugleich zu einer höheren EEG-Umlage führt: Denn mit der EEG-Umlage wird die Lücke geschlossen zwischen dem Erlös aus dem Verkauf des erneuerbaren Stroms an der Börse und den (höheren) gesetzlich

garantierten Vergütungen für die Produzenten von Öko-Strom. Das heißt, je geringer der Preis an der Börse, desto weniger wird mit dem Verkauf des Öko-Stroms verdient und umso größer wird die Differenz zur garantierten Vergütung. Je niedriger der Strompreis, desto höher die EEG-Umlage. Das zeigt: an der EEG-Umlage lassen sich die wahren Kosten der Erneuerbaren nicht ablesen.

Inzwischen macht übrigens die eigentliche Vergütung für den grünen Strom weniger als die Hälfte der EEG-Umlage aus. Oben drauf kommen etwa Kosten für eine steigende Liquiditätsreserve, für fragwürdige Prämien für neue Vermarktungswege und für Industriesubventionen.

Private Endverbraucher müssen Privilegien der Industrie schultern

Der Staat lädt die Kosten der Energiewende einseitig bei den privaten Endverbrauchern ab. Dank großzügiger Vergünstigungen für die energieintensive Industrie wird die Umlage für erneuerbare Energien vor allem durch die kleinen Endverbraucher geschultert. Hoch energieintensive Betriebe sind durch die sogenannte „Besondere Ausgleichsregelung“ im EEG ganz oder teilweise von der Umlage befreit, angeblich um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden. Diese Regelung wurde immer mehr ausgeweitet: Bei ihrer Einführung 2003 waren es noch 59 privilegierte Unternehmen, für 2013 sind rund 2000 Anträge auf Befreiung von der EEG-Umlage eingegangen. Dieser krasse Anstieg führt dazu, dass diejenigen, die besonders viel Strom verbrauchen, besonders wenig für die Energiewende bezahlen. Und das, obwohl viele der begünstigten Firmen nicht einmal im internationalen Wettbewerb stehen, wie etwa der Deutsche Wetterdienst oder lokale Straßenbahnunternehmen. Laut Bundesnetzagentur haben im Jahr 2011 wenige Hundert Firmen rund 18 Prozent des deutschen Stroms verbraucht, zahlten aber nur 0,3 Prozent der Umlage für erneuerbare Energien. Würden diese Kosten gerecht verteilt, könnte die EEG-Umlage um mehr als ein Cent sinken.

Stromintensive Industrie ist Nutznießer der Erneuerbaren

Einige stromintensive Branchen beklagen sich bitterlich über zu hohe Energiekosten, die sie im internationalen Wettbewerb benachteiligen würden. Sie fordern ein Bremsen des Erneuerbaren-Ausbaus, um ihre Kosten zu begrenzen. Ist das gerechtfertigt? Zwar ist Deutschland sicher kein Niedrigpreis-Land für Energie und wird es nie sein, aber die Auswirkungen werden von Seiten der Industrie stark übertrieben. Gerade die besonders stromintensiven Unternehmen sind sogar finanzielle Nutznießer der Energiewende:

Die Industrie verbraucht in Deutschland rund die Hälfte des Stroms. Allerdings zahlt sie für mehr als die Hälfte ihres verbrauchten Stroms keine oder nur eine geringe EEG-Umlage. Das führt dazu, dass der besonders stromintensive Teil der Industrie bei der Energiewende netto sogar entlastet wird. Denn die Dank der Erneuerbaren gesunkenen Börsenstrompreise überkompensieren die ohnehin geringe Belastung dieser Industriebetriebe durch die EEG-Kosten. Insgesamt konnten diese Unternehmen im Jahr 2012 rund 600 Mio. Euro an Stromkosten einsparen, pro Betrieb im Schnitt rund eine Millionen Euro.

Auch all jene Großbetriebe, die ihren Strom selbst erzeugen (und das nicht unbedingt klimafreundlich), sind ebenfalls von der Umlage befreit. Dieses Privileg nehmen immer mehr Betriebe in Anspruch, so dass die Entlastungssumme hier inzwischen bei einer Milliarde Euro liegt – Mehrkosten für alle anderen: rund 0,2 Ct./ kWh.

Neben den Schlupflöchern im EEG gibt es entsprechende Ausnahmeregelungen für die Industrie auch bei der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, bei den Netzentgelten und bei der Strom- und Energiesteuer

(„Ökosteuern“). Viele dieser Ausnahmen haben höhere Strompreise für nicht-privilegierte Stromkunden zur Folge. Insgesamt belaufen sich die Privilegien der Industrie im Energiebereich auf ca. neun Milliarden Euro jährlich.

So wundert es nicht, dass der Preis für Haushaltskunden 2011 durchschnittlich bei 25 Ct./ kWh lag, der für Industriekunden aufgrund der Vergünstigungen im Schnitt bei 10 Ct. und für Großverbraucher kaum über dem Börsenpreis von etwa 6 Ct. Die Strompreise der energieintensiven Industrie in Deutschland liegen also oftmals unter dem europäischen Durchschnitt. Seit 2007 sind die Industriestrompreise in Deutschland sogar real gesunken während sie in fast allen anderen EU-Ländern gestiegen sind.

Energiewende führt nicht zu Energiearmut

Es ist richtig, dass einkommensschwache Haushalte prozentual mehr von ihrem Nettoeinkommen für fixe Kosten aufwenden müssen. Dabei ist der Strom jedoch nur ein Bestandteil dieser Kosten und macht von der gesamten Energierechnung weniger als die Hälfte aus. Viel erheblicher leiden Einkommensschwache unter steigenden Mieten und Heizkosten (der so genannten zweiten Miete). Dies übrigens auch in den Ländern, die weiter auf Strom aus Atom und fossilen Energien setzen. So gelten in den USA 16 Millionen Haushalte als von Energiearmut betroffen.

In Deutschland hält sich die Kostenbelastung insgesamt in Grenzen. Derzeit machen die EEG-Kosten 0,3 Prozent an den Ausgaben eines Durchschnittshaushaltes aus (Stromkosten gesamt: 2,2 Prozent). Wenn die EEG-Umlage für 2013 auf rund 5 Cent/ kWh ansteigt, bedeutet das eine Mehrbelastung von etwa fünf Euro im Monat. Damit würden die Ausgaben eines Durchschnittshaushaltes für erneuerbare Energien im Jahre 2013 rund 0,4 Prozent des Haushaltbudgets ausmachen.

Der BUND setzt auf echte Lösungen. Schon vor Jahren haben wir etwa zusammen mit der Caritas die Energieberatung für einkommensschwache Haushalte angestoßen. Dadurch können in kurzer Zeit 10 bis 30 Prozent Kosten- und Energieverbrauchssenkungen erreicht werden.

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle
Tina Löffelsend, Energieexpertin
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel. (0 30) 2 75 86-433
Tina.loeffelsend@bund.net
www.bund.net